

Bezugs-Preis

zu der Hauptabteilung über deren Ausgaben abgezahlt; vierjährlich 4.-, bei zweijähriger längerer GuVstellung im Gesamtbetrag vierjährlich 4.-, bei 4.-8.-. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Österreich vierjährlich 4.-40., für die übrigen Länder sonst Zeitungspreise.

Redaktion und Expedition:

Johanniskirche 8.
Benzingerstrasse 184 und 222.

Filialredaktionen:

Alfred Hahn, Sachsenburg, Universitätsstr. 2, Königstr. 14, u. Königstr. 7.

Haupt-Filiale Dresden:

Marienstraße 84.
Benzingerstr. 14, Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:

Carl Dauder, Herzogstr. 6, Schlesisches Tor, 10.
Benzingerstr. 14, Nr. 4608.

Nr. 385.**Politische Tagesschau.**

Leipzig, 31. Juli.

Zur Verschmelzung der Nationalsozialen mit der freisinnigen Vereinigung

Schreibt die „National-Zeitung“: Das Heften des Planes einer Verschmelzung der Nationalsozialen mit der freisinnigen Vereinigung kann aus mehreren Rückläufen mit Genugtuung begrüßt werden. Einmal um beweisen, weil, wenn sich demnächst verwirklicht, was im Prinzip zwischen dem Vorstand der nationalsozialen Partei und dem Vorsitzenden der freisinnigen Vereinigung, dem früheren Abg. Schröder, abgesprochen ist, ein Schritt zur Vereinfachung unserer Parteienentwicklung sich vollziehen wird. Nicht etwa zur Verminderung, sondern unbedingt zur Verstärkung der Genugtuung über diese Tatsache kann und muss es bekräftigen, wenn jetzt eine Partei auf ihre Selbständigkeit verzichten will, welche sich die Dofelnerberatung einer jüdischen Sogregation leicht vorgestellt hat. Für das im Deutschen Reich noch immer billige Streben, wenn möglich, in jedem Jahre eine neue Partei zur Welt zu bringen, in die siebenjährige Geschichte der nationalsozialen Parteienentwicklung lehrreich genug. Ob aber die professionellen Neuerer das und die entsprechende Leute daraus ziehen und aufhören werden, hält sich an Schallers Rat zu halten: „Kannst du selber ein Ganzes nicht bilden, schließe an ein Ganzes dich an“, den genauso auf Parmaßum zu gewinnen glauben, wenn es das L. wünscht eine große Teil“ des Reichs. Keines ins Parteipolitische übersehen, erhebt fragt. Denn wie hart in Deutschland der Krieg entwölft ist und sich besonders auch in Städten regt, die der Amerikaner gern als prominent bezeichnet, die parlamentarische Entwicklung dadurch zu erleichtern und zu beschleunigen, dass man schließlich eine neue Partei gründet, hat gerade die Erzeugung und Geburt der Nationalsozialen gezeigt. Pflichtig sollte das non plus ultra des modernen Parteiwesens gefunden sein. Die beteiligten Damen und Herren aber gewöhnen an Leute, welche, dieweil die Sonne hell am Himmel steht, mit Batterien auf dem Markt herumgehen. Hätte sich im Jahre des Heils 1881 nach Erfolg der entwürdigten katholischen Kirche eine nationalsoziale Partei gebildet, so würde man dadurch verständlich finden können. Dass sie aber vor sieben Jahren aus Angst dieser jüngsten Welt trat, hätte Windhorst, wenn er es noch erlebt, als hohe Aktion bezeichnet. Und zwar nicht deshalb, weil damals der soziale Teil des nationalen Programms in geringswertigen Ansehen gerückt war wie vorher, sondern weil ihm selbst von der Seite angekündigt wurde, wieviel sich, wie das in der freisinnigen Vereinigung am ehesten verfügte. Man schertum am längsten wider die Politik der katholischen Kirche gehörte hatte. Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Die jüngsten Veröffentlichungen von nationalsozialer Seite bieten die furchtbaren Proben der Selbstkritikierung einer Partei, die aussagen, um der Welt neuen Gott zu bringen, und die jetzt eingesetzt, da sie sieht, dass sie jeder Sichtbarkeit auf die Masse eingehen, bar ist. In der vorigen Nummer der „Akte“ führte ein Nationalsozialer aus, dass die Nationalsozialen ohne ihre Partei-Organisation

nur ein Haufen sein würden, bestenfalls ein Rudel heimlicher Flüchtlinge, die hier und da unterkommen, wo sie einen Reichshammer zum politischen Batterien haben. Das Wahl des Augens zu bestimmen, welchen die freisinnige Vereinigung davon trägt, wird sich erst zeigen, wenn es unmittelbare parlamentarisch-praktische Folge eines Zusammenschlusses der Nationalsozialen und der freisinnigen Vereinigung sich der Eintritt des nationalsozialen Abgeordneten v. Gerlach zu der Fraktion der Freiheit im Reichstag vollzieht. Einzelheiten mögen die Bekämpfung über eine zu erwartende Vereinigung des deutischen Parteiwesens, namentlich durch die Erinnerung an die Verwirrung, verhindert werden, welche von nationalsozialer Seite legt in zahlreichen Wahlkreisen, weniger durch eine zeugungsfähige Propaganda, als durch eine alles besser wissende, spätrichtige Schreiblichkeit, hervorgerufen worden ist. Wie lange diese Bekämpfung nicht durch die Sorge einer Herausforderung erfährt, so möchte die Reaktion der freisinnigen Vereinigung machen, dass die Sozialdemokratie noch mehr als bisher an dem Präsidenten entgegenzubringen, nicht einweichen darin.

Zentrum und Sozialdemokratie.

Die „Nörd. Volkszeit.“ heißt für die in Südtirol die Wahl den bürgerlichen Parteien einen „großen Erfolg“ genenüber der „Sozialdemokratie“. In Ansicht, falls die bürgerlichen Parteien vom Standpunkt der „Gleichberechtigung“ aus behandelt und nicht, wie es meistens der Fall gewesen, durch den sozialen Kommissionellen Kampf“ das Zentrum zwangen, der kulturläufigen Bewegung keine Hauptaufmerksamkeit zu widmen. Es trifft sich zufällig, dass gleichzeitig mit dieser Ausbildung des rheinischen Zentrumsorgans ein Seitenartikel des offiziellen bürgerlichen Zentrumsblattes über das Ergebnis der soeben vollzogenen Landtagswahl in München vorliegt. Der „Sächsische Kurier“ erinnert aus dem gedachten Anlaufe mit unverkennbarer Genugtuung an das „flexibil-fosialdemokratische Wahlkommando“ von 1890. Es würde dem Weile dieses Kompromisses, so betont der „Kurier“, widerprochen haben, wenn bei den Nachwahlen anders verfahren wäre, als bei der Deichswahl von 1890. Nun haben jedoch mehrere sozialdemokratische Wahlwähler bei der letzten Wahl nicht für den Bismarckmann gestimmt. Während das Blatt des Herrn von Vollmar die Teilnahme der „Grauen“ mit der Erklärung über das Verhalten des Zentrumskandidaten bei der Reichswahl erklärt, entstünden der „Kurier“ die dagegenstehenden „Grauen“ wohlwollend darin, dass das Wahlvotabald ja von vorherreicher Sicherheit war. Die innigen Beziehungen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie, wie sie das bairische Judentum pflegte, müssen bald vor Augen gehalten werden, wenn noch die eingesangenen Erwartungen der „Sächsischen Volkszeit“ von flexibler Seite das Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie am Himmel der Zukunft gesetzet wird.

Von den italienischen Sozialdemokraten.

Die Meinungen verschiedenheiten, die seit langer Zeit im italienischen Sozialismus zwischen Reformisten und Konservativen bestehen und

Nummer der „Akte“ führte ein Nationalsozialer aus, dass die Nationalsozialen ohne ihre Partei-Organisation

die erst im vorigen Jahre auf dem Parteitag in Amola bestigt aufeinanderplagen, haben in Mailand zu einer offenen Spaltung geführt. Eine große Anzahl Reformer, unter ihnen der einflussreiche Abgeordnete Turati, beschlagnahmten, wie die „Repub. Ital.“ berichtet, aus der „Federazione socialista“, der offiziellen Parteigruppe für Mailand, austraten, der sozialistischen Partei aber weiter anzugehören. Der niedere Grund dieses Schrittes liegt in der Beschränkung der politischen Ausschauungen, die unmittelbare Veranlassung in Reibereien mehr peripherischer Art. Vor einigen Wochen hatten die Intendanten in einer öffentlichen Versammlung den Abgeordneten Santi, der zwar bürgerlicher Abgeordneter ist, aber trotzdem dem sozialistischen Abgeordneten Turati politisch nahesteht, ausgeschlossen. Diese Demonstration war nicht eigentlich gegen Turati gerichtet, sondern man hatte damit seinem Freund Santi treffen wollen. Dies veranlasste die Turianer wohl, und sie verlangten von der Versammlung des Vereins eine Todesvotum gegen die Demonstranten. Als dies abgelehnt wurde, beschlossen die Gemäßigten, aus dem Verein auszutreten. Über die Bedeutung dieses Schrittes gehen die Ansichten weit auseinander. Wöhrend man von sozialistischer Seite natürlich bemüht ist, die Sache möglichst als unwichtig hinzulegen und sie zu vertuschen, geht man auf der bürgerlichen Seite hervor, dass die Spaltung, deren Bestätigung man vergeblich versucht und die sich nun noch verschärft hat, aus bei den Wahlern bevorstehen müsse. In der Tat hat sich bereits die Unzufriedenheit der Gewerken mit der lauen Haltung der der reformistischen Richtung angehörenden Sozialisten in der Mailänder Stadtverordnetenversammlung harsch geäußert. Die Spaltung in Mailand, das für den italienischen Sozialismus die größte Bedeutung hat, kann auch nach auswärts angedeutet werden. Es ist bemerkenswert, dass seit dem Parteitag von Amola vor kaum einem Jahre die Intendanten ganz entschieden Frontaltritte gemacht haben. Die Zeitung des sozialistischen Zentralorgans, das „Avanti!“, ist in die Hände des revolutionären Ferri gekommen, in der Mailänder Organisation, in der höchst die Reformisten herrschten, sind nach deren Austritt allein die Gemäßigten vorherrschend. Der Grund für deren Frontaltritte liegt darin, dass die breite Masse mit der Haltung der Partei, die das Ministerium Janardi-Molin unterhielt, unzufrieden ist und eine entschieden oppositionelle Stellungnahme wählt. Räumlich wendet man sich gegen Turati, dem man vorwirkt, er sei kein Sozialist, sondern ein Bourgeois, der nach einem Ministerposten schwiege. Die Genossen in Neapel haben sogar eine Resolution gefasst, die Turatis Ausschluss aus der Partei fordern.

Der Terrorismus der Gewerkschaften in Amerika.

Ein Einschreiten des Präsidenten Roosevelt gegen den Terrorismus der Arbeiterverbände gewinnt angefachtes der fünfzig Präsidentenwahl erhebliches Interesse. Der Verband der Buchbinderei in New York hatte, wie bereits mitteilten, einen nicht dem Verband angehörigen Sohn namens Miller aus der Regierungskreuzer direkt herausgezogen. Darauf ordnete der Präsident unter ausdrücklichem Hinweis auf das Präsidentengesetz die Wiederaufsetzung Millers an. Der Verband antwortete mit der Drohung, eine allgemeine Arbeitseinstellung herbeizuführen, falls dem Bescheide des Präsidenten Folge geleistet

würde. Daran hat der Präsident nach einem Telegramm der „Times“ vom 24. d. M. durch den Sekretär Gordejow dem Verbande mitteilen lassen, dass er die Wiederaufsetzung Millers nicht rügungsfrei machen und einen deswegen vom Staate gebrochenen Ausland als eine Auskunftung gegen die Staatsgewalt antreten werde. Der Präsident will also beweisen, dass ihm die Arbeiterverbände in die Anstellung oder Entlassung seiner Arbeiter nicht dreinzureden haben. Er kann der Zustimmung eines sehr großen Teiles der Bevölkerung des Seinen Vorgehen sicher sein, denn allerlei böle Uebergriffe, die sich die Verbände in letzter Zeit haben zu schulden kommen lassen, haben eine allgemeine Erbitterung gegen die Verbände erzeugt. In Indiana, Pennsylvania, Texas und New York haben die Gewerkschaften insbesondere von ihren Mitgliedern den Antritt aus der Mittel verlangt und gefordert, dass der Staat die Mittel nicht zur Unterdrückung von Unruhen verwenden, wenn der zweite Frieden der Interessen der Arbeiterverbände sei. Der Gouverneur Durbin hat dieses Verhalten mit dem richtigen Namen Verrat bezeichnet. Hält man dazu die Erfahrungen aus einer Reihe von Prozessen der letzten Zeit, in denen sich Führer von Arbeiterverbänden als bestuhnte Personen erwiesen haben, so versteht man die Lage der „Evening Post“, dass die Verbände sich bereit über die Geige und über den Tambour stellen. Die öffentliche Erbitterung wird denn auch wohl die New Yorker Gewerkschaften davor bewahren, die entschiedene Antwort, die sie jetzt vom Präsidenten haben entnehmen müssen, zum Anfang eines allgemeinen Aufstandes zu machen.

Deutschland Reich.

3. Berlin, 30. Juli. (Das extreme Bündnis und die Stimmung im Lande.) Der Deutsche Tagesschaltung genügt offenbar der Anfall der Reichstagswahlen als Symposium der im Lande herrschenden Stimmung nicht; risigiger ausgedehnt. Die „Deutsche Zeitung.“ möchte die bei der Reichstagswahl zweitfellos befindliche Stimmung entweder nicht gelten lassen oder in Vergessenheit bringen. Infolgedessen drückt das Blatt eine Zwickel ab, in dem denn auch pro-zommunistische „Schwäche“ wird, dass bei der „Schwäche“ der Regierung gegenüber den Linken im Punkte der extrem-ökonomischen Forderungen die Landwirte allerorten sich fragen: „Ist es da nicht besser, den Adel liegen zu lassen und in Socialdemokrat zu werden?“ — Worauf dann den Herren Rothe, Hahn, Dierck und Gude aus Herz gelegt wird, sich nur nicht beirren zu lassen und für die deutsche Landwirtschaft wie bisher weiter zu kämpfen. Nachdem die genannten Bundesräte soeben in den Wahl durchgespielt sind und damit doch den deutlichen Sieg dafür bekommen haben, wie die Wählerchaft über die extremen Forderungen des Bundesdeutsch ist, es ist das falsche Stück, jetzt den Landwirten zu wünschen, dass die extrem-bündnerische Agitation fortgeführt werden müsse, wobei man nicht die Landwirtschaft jugenddemokratische Lager drängen. Solche Stimmenmehrheit entpricht ohne Zweifel den Interessen der Bundesräte und der Bundesprese, aber sie schadet ebenso offenbar den Interessen der Landwirte. Das dürfte die „Deutsche Zeitung.“ freilich nicht erhalten, in der jetzt eingeholigen Richtung weiterzugehen.

Ein Szenario reicht, heikle Zeit in die Kammern zu legen. „Du markt ja Sonntag, als der Herr Pfarrer aus Steinau den Gottesdienst abgehalten, nicht in der Kirche, wie es Brauch ist, das Eltern mit zugegen sind, wenn ihre Kinder zum ersten Male aufgetragen werden“, sagt Hornaf.

„Ich lebte in der Kirche, weil ich gar nicht zu Hause war“, entgegnete der andere erbittert, „ich war grad‘ in Greven mit meinem Weib zum Besuch bei Verwandten.“

„Das ist aber schändlich, unerhört!“ liegen sich verschiedene Stimmen wieder.

„Es ist eine böse Zeit“, logt ein großer, magerer Bauer, „und keine Ruhe und Ordnung mehr unter den Kindern. Früher, wenn Eltern mit zugegen sind, haben die Kinder gesprochen, ohne zu fragen, wie oder warum? Jetzt will jedes nach seinem eigenen Kopfe gehen; aber wenn Kinder so etwas aus den Eltern bitten, wie dieser Samto, dann hört alles auf; wenn mir das mein Sohn tut, ich schreit‘ beim Herrgott, er hält‘ s zum letzten Male geben.“

„Einen Szenario reicht, heikle Zeit in die Kammern zu legen. „Du markt ja Sonntag, als der Herr Pfarrer aus Steinau den Gottesdienst abgehalten, nicht in der Kirche, wie es Brauch ist, das Eltern mit zugegen sind, wenn ihre Kinder zum ersten Male aufgetragen werden“, sagt Hornaf.

„Zusta hat recht“, meinte Hornaf, „und wenn ich Samto Kreuzer war, würde ich meine Mutter zum bösen Spiel machen und die Sache fern lassen, da sie einmal geschehen ist.“

„Wer das glaubt, der ist mein Feind, mein Todfeind“, unterbrach ihn der alte Kreuzer mit funkelnden Augen. „Man sah, wie er, während die anderen schliefen, unablässig die Mütze auf dem Sohn gerichtet hielt, der in einziger Entfernung stand, das Gesicht mit einem Schleier bedeckt, so dass niemand seine Augen sehen konnte, den Jungen zerquetschen wollte, um nicht auf offener Straße loszubrechen.

„Ein Samto Kreuzer läge sich vor seinem Menschen auf solche Weise an, um möglichst von seinem Sohne. Ich könnte es alle hören, die ihr hier zusammen versammelt seid, und es jedem sagen: So lang‘ ich leb‘, wird aus dieser Betrat nichts, und wenn er auch schon zum dritten Mal aufgehoben werden war, und wenn auch schon die Kirchenglocken den Hochzeitstag eingeläutet hätten. Die Eltern werden sich bald überzeugen, wer sich lachend gemacht und wer den Kürzeren gezogen hat, der Sohn oder der Vater.“ Und als fürchtete er, dass längeres Wellen den Tamm niederschlagen könnte, den er fröhlich seinem Sohne vorgebaut, wendete er sich plötzlich um und entfernte

Feuilleton.

Bozena.

Roman von C. Deutsch.

Es war an einem Vormittag, und in den Straßen von B. war es ungewöhnlich still. Ein goldiger Morgenstrahl quoll und wogte in der Luft und auf den langen, trocknen Straßen und spiegelte mit den Schatten, die das durchbrechende Licht der Sonne und die vorwiegenden Denkmäler der Habsburger waren. Neben den Markttagen war es hier ganz verlassen.

Samto sollte eine Sonntagsabend, um die Eltern waren, nicht in ihrem Namen antworten lassen. „Wir leben, wie das heißt,“ erwiderte er, „um der Welt etwas zu verleihen, und nicht mit gelben Wolldecken, das man ihn überwannkt hat, und wird’s schwierig angesehen. Ich kann’s ihm nicht erzählen.“ „Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Die jüngsten Veröffentlichungen von nationalsozialer Seite bieten die furchtbaren Proben der Selbstkritikierung einer Partei, die aussagen, um der Welt neuen Gott zu bringen, und die jetzt eingesetzt, da sie sieht, dass sie jeder Sichtbarkeit auf die Masse eingehen, bar ist. In der vorigen Nummer der „Akte“ führte ein Nationalsozialer aus, dass die Nationalsozialen ohne ihre Partei-Organisation

Janet und Gusta Kreuzer, und der Vater Hendrik „Johes.“ „Das ist nicht wahr!“ schrie eine laute Stimme. „Erstreden und bekürt wandten sich die Eltern aller nach jenem Punkt hin. Janet Kreuzer hatte den Hals aufgedreht, er stand aufrecht mit funkelnden Augen und die Hände auf dem Kopf geballt. „Es ist nicht wahr!“ wollte er nochmals rufen, aber voller Entzücken legte sich ihm die Hand seines Sohnes auf den Mund, und mit bleichem Gesicht stürzte sie: „Janet, um Gottes willen, was tun du? Du bist ja in der Kirche!“ Allerdings, er war in der Kirche; wie durfte er in dem gebildeten Raum sprechen und sich in gebärden.

Die Kirche war zum Erdbeben voll. Aspekte an Aspekte neigte sich, und die Eltern, die sich in der Kirche geworben, waren, wie die Wiederholung der Arbeitseinstellung herbeizuführen, falls dem Bescheide des Präsidenten Folge geleistet

Janet und Gusta Kreuzer, und der Vater Hendrik „Johes.“ „Das ist nicht wahr!“ schrie eine laute Stimme. „Erstreden und bekürt wandten sich die Eltern aller nach jenem Punkt hin. Janet Kreuzer hatte den Hals aufgedreht, er stand aufrecht mit funkelnden Augen und die Hände auf dem Kopf geballt. „Es ist nicht wahr!“ wollte er nochmals rufen, aber voller Entzücken legte sich ihm die Hand seines Sohnes auf den Mund, und mit bleichem Gesicht stürzte sie: „Janet, um Gottes willen, was tun du? Du bist ja in der Kirche!“ Allerdings, er war in der Kirche; wie durfte er in dem gebildeten Raum sprechen und sich in gebärden.

„In meinem Leben hat mich nichts so erschüttert und bewegt, wie diese Stimme und die gesprochenen Worte“, flüsterte der katholische Janet Kreuzer ganz leise seinem Nachbarn zu, „eine Stimme, wie diese, und solche Worte können den verstandeslosen Menschen zu sich bringen, so denkt ich mit, Hornaf.“

Kreuzer unterdrückte sich plötzlich, denn eine laute

Stimme war um ihn eingetreten; er blieb in die Höhe und auf der Kante lag er jetzt einen kleinen schwarzen Kleidungsstück aus.

„Ich kann es nicht mehr hören!“ schrie Janet Kreuzer und schaute die Eltern der Brüder und seine Mutter an.

„Vor allen Leuten, die hier versammelt sind, ver-

flamme ich zum zweiten Mal die Aufzierung des Bräutigams

und der Braut.“

„Vor allen Leuten, die hier versammelt sind, ver-

flamme ich zum zweiten Mal die Aufzierung des Bräutigams

und der Braut.“

„Vor allen Leuten, die hier versammelt sind, ver-

flamme ich zum zweiten Mal die Aufzierung des Bräutigams

und der Braut.“

„Vor allen Leuten, die hier versammelt sind, ver-

flamme ich zum zweiten Mal die Aufzierung des Bräutigams

und der Braut.“

„Vor allen Leuten, die hier versammelt sind, ver-

flamme ich zum zweiten Mal die Aufzierung des Bräutigams

und der Braut.“

* Berlin, 30. Juli. (Umschläge für französische Postschiffe.) Die „Nordd. Allg. Zeit.“ schreibt: „Der Pariser „Figaro“ kommt in seiner heutigen Ausgabe mit einem ganzen Artikel darüber, daß der deutsche Kaiser seinen ganzen Einfluß ausübt, um einen ihm genehmten Kardinal bei der Papstwahl zum Siege zu verhelfen. Auch der „Figaro“ sollte doch wissen, daß eine Unmöglichkeit dadurch noch nicht in einer Wahlgemeinschaft umgewandelt wird, daß man sie wiederholen. Nicht für den „Figaro“, der aus naheliegenden Gründen in dieser Frage unbedarft ist, sondern für solche Kreise, die sich durch die Auskündigungen des Pariser „Figaro“ möglichst trennen lassen könnten. Sicherlich nochmals festgestellt, daß von keiner deutschen Stelle Einfluß zu Gunsten oder zu Ungunsten irgend eines Kardinals ausgeschlagen werden.“ — Die neueste französische Zeitung auf diesem Gebiete ist über eine Unterredung, die ein Berichterstatter des „Journal“ mit dem Kardinal Röpp gehabt haben will, und dessen Ansicht in einem Pariser Telegramm der „Post. Zeit.“ wie folgt wiedergegeben wird:

„Man behauptet, ich sei Träger von Weisungen des Kaisers. Ganz, ich habe den Kaiser vor meiner Seite stehen; er hat mir aber nicht gesagt: Sie werden für A oder B stimmen, sondern: Sie werden für den stimmen, der Ihnen die Regierungsfähigkeit, die Würdigung scheint. Dieser wird die Geschicke der Kirche und sieht die des deutschen Reichs besser begreifen als der, dessen Ergebnis wir und mit menschlichen Mitteln würden. Der Würdigung wird aber der, wenn die Wahl XXXI. fortsetzt. Das war nicht nur ein großer moderner Punkt, sondern auch ein großer moderner Punkt; er diente allen Wählern gleichzeitig, ohne Vorliebe, denn während er Politik zu machen schien, arbeitete er immer für den Glauben.“

Im weiteren Verlaufe des Gesprächs hätte Kardinal Röpp das Vorrecht einer veralteten Kriegsmaschine benannt, die ungefähr so wirkte sei, wie die Kanonen Friedrichs des Großen im Berliner Zeughaus. Italien allein habe eine praktische Bedeutung; wenn es unter der Hand wissen lasse, daß es einen bestimmten Kardinal nicht als Papst wähle, würden die italienischen Kardinäle ihn gewiß nicht wählen. Aber die Wahl werde diesmal so rasch von Statten gehen, daß selbst Italien nicht in die Lage kommen werde, seinen Wahlteil geltend zu machen. Zur Charakteristik dieses Phantasiemärdes spricht der Hinweis, daß Kardinal Röpp den Kaiser seit Monaten nicht gesehen.

* Berlin, 30. Juli. Bei den Reichstagswahlen am 10. Juni ist nach einer Zusammenstellung des „Kölner Staats“ die Zahl der Wahlberechtigten um 9,2 v. H. die Zahl der gültigen Stimmen aber gegen 1898 um 2,48 v. H. gewachsen.

1898 gaben 67,78 v. H. der Wahlberechtigten gültige Stimmen ab, am 10. Juni dagegen 75,62 v. H. Die Zahl der Wahlberechtigten in den einzelnen Wahlkreisen schwankte zwischen 6551 und 183.078. Mehr als 100.000 Wahlberechtigte wählten sechs Wahlkreise auf: Hamburg III 100.795 (1898: 98.880), München II 110.212 (88.641), Berlin IV 115.851 (98.624), Bremen 132.177 (106.441), Berlin VI 164.032 (142.226) und Teltow-Charlottenburg 183.076 (184.998). In allen diesen sechs Wahlkreisen sind Sozialdemokraten aus der Wahl hervorgegangen. Wahlkreise mit weniger als 15.000 Wahlberechtigten gibt es zwölf. Die Städte der Wahlberechtigung überschreiten zwischen 92,6 und 47 v. H. der Wahlberechtigten. Bei der Wahl im Jahre 1898 gab es keinen einzigen Wahlkreis mit einer Wahlberechtigung von mehr als 20 v. H.; bei den diesjährigen Wahlen gab es vier solcher Wahlkreise: Witten-Berghausen in Westfalen mit 22,6 v. H. (1898: 27,8 v. H.), Bremen mit 21,5 v. H. (80,1), Lübeck mit 20,3 v. H. (59,7) und Drogenau-Wittenberg mit 9,1 v. H. (81,7). Wahlkreise mit mehr als 80 v. H. Wahlberechtigung gab es diesmal 120, also fast ein Drittel aller Wahlkreise; im Jahre 1898 gab es deren nur 41. Weniger als 60 v. H. Wahlberechtigung hatten nur drei Wahlkreise: Bassum im Niedersachsen mit 49,0 v. H. (1898: 44,8 v. H.), Deggendorf in Niederbayern mit 47 v. H. (32,5) und Fürstenfeldbruck mit 48 v. H. (38). Im Jahre 1898 gab es 26 Wahlkreise mit weniger als 50 v. H. Wahlberechtigung; Westenholz-Schiering nach dem jetzigen Wahlkreisverzeichnis hat jedoch seine Wahlberechtigung fünf mit mehr als 80 v. H. Wahlberechtigung auf. Von den 28 Wahlkreisen des Königreichs Sachsen zeigen 19 mehr als 80 v. H. Wahlberechtigung.

— Der Kaiser hat dem Grafen von Taxis die Mitte August zu den großen Kavallerieübungen bei Altengraben und dem Herzog von Württemberg und General Roeder zu den Kaiserparaden zwischen Ulm und Stuttgart eingeladen. Die Einladungen sind angenommen worden. (Hamb. Nachr.)

— Wie der „Reichs.“ am absolut zuverlässiger Quelle erfahren haben will, ist der Aufschub der Reihe des

preußischen Kultusministers in die oberschlesischen Überwahrungsgebiete erfolgt, weil der noch immer recht häufige Weitwanderer des Kultusministeriums, den Freuden Dr. Staub auf seine Reise mitnehmen will, nicht soviel zur Stelle sein konnte; ferner soll auch in Oppeln der neue Weitwanderer durch den Minister persönlich eingeführt werden. Der Aufschub der Reihe um acht Tage habe um so eher erfolgen können, als die Sitzungssitzungen über den Rückbruch einer Typhusepidemie bei Olsagau halb seien. (7)

— Der deutsche Generalkonsul in Polen, v. Below-Schaurau, in der „Kölner Staats“ folgende nach Norddeutschland im Reichstag vereidigt, um die Vertretung des Bürgerschiffes vom 1. August zu übernehmen, der auf Urlaub geht. — Demnach muß die Reihe der „Kölner Staats“ über die Zukunft des Ranglists in Lautanne noch wohl falsch gewesen sein.

— Zu den in der Prese während der letzten Zeit geplagten Erörterungen über Provinzialverwaltungen bemerkte Justizrat Staub in der „Deutschen Zeitung“: „Das am Oberlandesgericht Schönlinde die Mängelnde am erheblichsten seien. Es sei deshalb der Schluß unabwendbar, daß auch die Abhöfe lokaler Natur kein mäßige, und nicht wegen der Mängelnde in einem Beziehungsuntere ganz gute Prozeßordnung reformiert zu werden brauche.“

— Für die deutsche Bevölkerung ist die deutsche Sprache angemessen — so wird in einer Erörterung des preußischen Kammergerichts bestimmt. Der Vorsteher eines polnischen Handwerkervereins war von der Polizeidirektion aufgefordert worden, die Vereinsschrift in einer anderen Sprache einzurichten, nachdem er sie in polnischer Sprache eingerichtet hatte. Da er der Aussortierung nicht rechtzeitig widerstand, wurde er in Strafe genommen. Im Gegenzug zu Schöpfgericht sprach aber das Vorsprechen der Angeklagten frei, weil die Fortsetzung der Polizeidirektion nicht beweisbar erschien; es handelte sich hier zwar um einen politischen Verein, das Vereinsschrift bei einer Urkunde, die in der Sprache einzurichten sei, in der sie abgesetzt sei. Diese Entscheidung kostet die Staatsanwaltschaft durch Revision beim Kammergericht an, das die Entscheidung aufzuholen und die Sache an das Landgericht mit der Begutachtung zurückzuweisen, die Polizeidirektion habe nach § 2 des Vereinsschrittes ein Recht, Auskunft zu fordern. Wenn nun die Polizeidirektion das Vereinsschriften verlangt, so fordert sie Auskunft über die Sungen des Vereins; eine solche Auskunft müßte aber einer deutlichen Weise gegenüber in deutscher Sprache erstellt werden.

— In Bremen ist die Auflösung zur ersten juristischen Prüfung nach wie vor von der Bedeutung des Reiterspiels abhängig gemacht. Deshalb hat der preußische Kultusminister bezüglich der Auflösung von Staatsangehörigen von Bremen zum Rechtsstudium in Preußen im Universitätskuratorium und dem königlichen Universitätskuratorium zu Berlin befähigt, ebenso wie Staatsanwälte von Bremen auf Grund eines realistischen Reiterspiels zum Rechtsstudium in Preußen nicht zugelassen werden können und demgemäß bei der Universitätskuratorie zu verabschieden.

— Der Verband Süddeutscher Katholischer Arbeitervereine wünschte nach seinem jüngsten Jahresbericht Ende 1902 424 Vereine mit 62.209 Mitgliedern, denen auf Bayern 221 Vereine mit 36.292 Mitgliedern, Württemberg 119 mit 15.458 und Württemberg 79 mit 9614 Mitgliedern entfallen. Ein ganzer ist gegen den Vorjahr ein kleiner Aufschwung sowohl in der Zahl der Mitglieder, sowie der Verbandsvereine zu verzeichnen.

— Bring Würzburg zu Eisberg-Bürgelberg, ein jüngerer Sohn des alten Wollaus, der mit einem Namen tödlich verunglückte. In einem Bericht bei seiner Schwester, der Großfürstin Anna Karolinen, gefüllt mit traurigen Erinnerungen an die Kindheit ihres Bruders, steht: „Er war am 16. Januar 1861 geboren, und alle nur ein Alter von 42 Jahren starb.“

— Herzog Karl Edward von Coburg-Gotha ist von Bremens Herzog Anton Radziwill, der bekannte langjährige Generaladjutant Kaiser Wilhelms I., aufgelöst am 31. Juli sein Siebzehntes Lebensjahr. Seit dem Jahre 1871 ist Herzog Karl auch lebenslängliches Mitglied des Herrenhauses, in das der Sohn Kaiser Wilhelms I. berufen hatte.

— Wie künftig in verschiedenen Sitzungen genannte Anfrage, Graf Viktor Klein-Lützen habe einen Aufschluß seiner Erziehung erhalten, erneut abzuwarten ist. Graf Viktor weiß tatsächlich als Schriftsteller in Weichselmanns und damit seines Klubs Mitglied, das er an und zu erhalten meint nach Abschluß und Danzig. Da Doktor und Weichselmann, welche er dann hier belast, erneut erneut erneut nach dem Bericht bestätigt, erneut erneut erneut nach dem Bericht bestätigt, der Konsulat nach dem Tode Paul IX., desfalls sich Johann über die Lage des heutigen Stuhls und schlage vor, zehn Tage nach dem Tode Paul XIII. abstimmt, dann zur Wahl des neuen Papstes zu treten und das Konklave in Rom abzuhalten, auszunommen, wenn man hier den Karabinen keine völlige Freiheit lasse. In dem Schriftstücke werden dann weiter erneut, die Rechte des heutigen Stuhls unverändert zu wahren und bei der Papstwahl

zu verhindern, sonderlich die Wahl der Konsulat und dem Papstwahlkonsulat.

* Alzey-Worms, 30. Juli. Der König von Griechenland ist hier eingetroffen.

Koppel. Er habe nachts nach langer Krankheit gekämpft, kann aber nicht leichter hören als das Hochwasserkomitee in Deutschland.

* Aus der Ostmark. Die Delegiertenversammlung des polnischen Provinzialwahlcomitess in Polen, dessen Mehrheit der radikalen, zentrumspolitischen Richtung angehört, hat sich bekanntlich dafür ausgesprochen, daß für ganz Deutschland ein polnisches Centralwahlkomitee ins Leben gerufen werden solle, zumal sich auch das polnische Wahlkomitee für Oberösterreich unterordnen möchte. Durch diese Unterordnung würde das bestehende Komitee eine vollständige Macht erlangen, und die unter den „Radikalen“ sich gruppierenden Polen müßten sich nach und nach dem Radikalismus begeben. Um dies zu verhindern, beschäftigt wie der „Gornicza“ berichtet, der Herausgeber des „Satolit“, Kapitän, ein polnisches, zentrumspolitisches Komitee für Oberösterreich ins Leben zu rufen. Seine Anhänger versammeln sich dieser Tage in Berlin, um diesen Plan zu verwirklichen. Die Eile, mit der die polnischen Bestrebungen an die Bevölkerung übertragen werden, ist sehr groß, und es ist auch das polnische Wahlkomitee für Oberösterreich unterordnen möchte. Durch diese Unterordnung würde das bestehende Komitee eine vollständige Macht erlangen, und die unter den „Radikalen“ sich gruppierenden Polen müßten sich nach und nach dem Radikalismus begeben. Um dies zu verhindern, beschäftigt wie der „Gornicza“ berichtet, der Herausgeber des „Satolit“, Kapitän, ein polnisches, zentrumspolitisches Komitee für Oberösterreich ins Leben zu rufen. Seine Anhänger versammeln sich dieser Tage in Berlin, um diesen Plan zu verwirklichen. Die Eile, mit der die polnischen Bestrebungen an die Bevölkerung übertragen werden, ist sehr groß, und es ist auch das polnische Wahlkomitee für Oberösterreich unterordnen möchte. Durch diese Unterordnung würde das bestehende Komitee eine vollständige Macht erlangen, und die unter den „Radikalen“ sich gruppierenden Polen müßten sich nach und nach dem Radikalismus begeben. Um dies zu verhindern, beschäftigt wie der „Gornicza“ berichtet, der Herausgeber des „Satolit“, Kapitän, ein polnisches, zentrumspolitisches Komitee für Oberösterreich ins Leben zu rufen. Seine Anhänger versammeln sich dieser Tage in Berlin, um diesen Plan zu verwirklichen. Die Eile, mit der die polnischen Bestrebungen an die Bevölkerung übertragen werden, ist sehr groß, und es ist auch das polnische Wahlkomitee für Oberösterreich unterordnen möchte. Durch diese Unterordnung würde das bestehende Komitee eine vollständige Macht erlangen, und die unter den „Radikalen“ sich gruppierenden Polen müßten sich nach und nach dem Radikalismus begeben. Um dies zu verhindern, beschäftigt wie der „Gornicza“ berichtet, der Herausgeber des „Satolit“, Kapitän, ein polnisches, zentrumspolitisches Komitee für Oberösterreich ins Leben zu rufen. Seine Anhänger versammeln sich dieser Tage in Berlin, um diesen Plan zu verwirklichen. Die Eile, mit der die polnischen Bestrebungen an die Bevölkerung übertragen werden, ist sehr groß, und es ist auch das polnische Wahlkomitee für Oberösterreich unterordnen möchte. Durch diese Unterordnung würde das bestehende Komitee eine vollständige Macht erlangen, und die unter den „Radikalen“ sich gruppierenden Polen müßten sich nach und nach dem Radikalismus begeben. Um dies zu verhindern, beschäftigt wie der „Gornicza“ berichtet, der Herausgeber des „Satolit“, Kapitän, ein polnisches, zentrumspolitisches Komitee für Oberösterreich ins Leben zu rufen. Seine Anhänger versammeln sich dieser Tage in Berlin, um diesen Plan zu verwirklichen. Die Eile, mit der die polnischen Bestrebungen an die Bevölkerung übertragen werden, ist sehr groß, und es ist auch das polnische Wahlkomitee für Oberösterreich unterordnen möchte. Durch diese Unterordnung würde das bestehende Komitee eine vollständige Macht erlangen, und die unter den „Radikalen“ sich gruppierenden Polen müßten sich nach und nach dem Radikalismus begeben. Um dies zu verhindern, beschäftigt wie der „Gornicza“ berichtet, der Herausgeber des „Satolit“, Kapitän, ein polnisches, zentrumspolitisches Komitee für Oberösterreich ins Leben zu rufen. Seine Anhänger versammeln sich dieser Tage in Berlin, um diesen Plan zu verwirklichen. Die Eile, mit der die polnischen Bestrebungen an die Bevölkerung übertragen werden, ist sehr groß, und es ist auch das polnische Wahlkomitee für Oberösterreich unterordnen möchte. Durch diese Unterordnung würde das bestehende Komitee eine vollständige Macht erlangen, und die unter den „Radikalen“ sich gruppierenden Polen müßten sich nach und nach dem Radikalismus begeben. Um dies zu verhindern, beschäftigt wie der „Gornicza“ berichtet, der Herausgeber des „Satolit“, Kapitän, ein polnisches, zentrumspolitisches Komitee für Oberösterreich ins Leben zu rufen. Seine Anhänger versammeln sich dieser Tage in Berlin, um diesen Plan zu verwirklichen. Die Eile, mit der die polnischen Bestrebungen an die Bevölkerung übertragen werden, ist sehr groß, und es ist auch das polnische Wahlkomitee für Oberösterreich unterordnen möchte. Durch diese Unterordnung würde das bestehende Komitee eine vollständige Macht erlangen, und die unter den „Radikalen“ sich gruppierenden Polen müßten sich nach und nach dem Radikalismus begeben. Um dies zu verhindern, beschäftigt wie der „Gornicza“ berichtet, der Herausgeber des „Satolit“, Kapitän, ein polnisches, zentrumspolitisches Komitee für Oberösterreich ins Leben zu rufen. Seine Anhänger versammeln sich dieser Tage in Berlin, um diesen Plan zu verwirklichen. Die Eile, mit der die polnischen Bestrebungen an die Bevölkerung übertragen werden, ist sehr groß, und es ist auch das polnische Wahlkomitee für Oberösterreich unterordnen möchte. Durch diese Unterordnung würde das bestehende Komitee eine vollständige Macht erlangen, und die unter den „Radikalen“ sich gruppierenden Polen müßten sich nach und nach dem Radikalismus begeben. Um dies zu verhindern, beschäftigt wie der „Gornicza“ berichtet, der Herausgeber des „Satolit“, Kapitän, ein polnisches, zentrumspolitisches Komitee für Oberösterreich ins Leben zu rufen. Seine Anhänger versammeln sich dieser Tage in Berlin, um diesen Plan zu verwirklichen. Die Eile, mit der die polnischen Bestrebungen an die Bevölkerung übertragen werden, ist sehr groß, und es ist auch das polnische Wahlkomitee für Oberösterreich unterordnen möchte. Durch diese Unterordnung würde das bestehende Komitee eine vollständige Macht erlangen, und die unter den „Radikalen“ sich gruppierenden Polen müßten sich nach und nach dem Radikalismus begeben. Um dies zu verhindern, beschäftigt wie der „Gornicza“ berichtet, der Herausgeber des „Satolit“, Kapitän, ein polnisches, zentrumspolitisches Komitee für Oberösterreich ins Leben zu rufen. Seine Anhänger versammeln sich dieser Tage in Berlin, um diesen Plan zu verwirklichen. Die Eile, mit der die polnischen Bestrebungen an die Bevölkerung übertragen werden, ist sehr groß, und es ist auch das polnische Wahlkomitee für Oberösterreich unterordnen möchte. Durch diese Unterordnung würde das bestehende Komitee eine vollständige Macht erlangen, und die unter den „Radikalen“ sich gruppierenden Polen müßten sich nach und nach dem Radikalismus begeben. Um dies zu verhindern, beschäftigt wie der „Gornicza“ berichtet, der Herausgeber des „Satolit“, Kapitän, ein polnisches, zentrumspolitisches Komitee für Oberösterreich ins Leben zu rufen. Seine Anhänger versammeln sich dieser Tage in Berlin, um diesen Plan zu verwirklichen. Die Eile, mit der die polnischen Bestrebungen an die Bevölkerung übertragen werden, ist sehr groß, und es ist auch das polnische Wahlkomitee für Oberösterreich unterordnen möchte. Durch diese Unterordnung würde das bestehende Komitee eine vollständige Macht erlangen, und die unter den „Radikalen“ sich gruppierenden Polen müßten sich nach und nach dem Radikalismus begeben. Um dies zu verhindern, beschäftigt wie der „Gornicza“ berichtet, der Herausgeber des „Satolit“, Kapitän, ein polnisches, zentrumspolitisches Komitee für Oberösterreich ins Leben zu rufen. Seine Anhänger versammeln sich dieser Tage in Berlin, um diesen Plan zu verwirklichen. Die Eile, mit der die polnischen Bestrebungen an die Bevölkerung übertragen werden, ist sehr groß, und es ist auch das polnische Wahlkomitee für Oberösterreich unterordnen möchte. Durch diese Unterordnung würde das bestehende Komitee eine vollständige Macht erlangen, und die unter den „Radikalen“ sich gruppierenden Polen müßten sich nach und nach dem Radikalismus begeben. Um dies zu verhindern, beschäftigt wie der „Gornicza“ berichtet, der Herausgeber des „Satolit“, Kapitän, ein polnisches, zentrumspolitisches Komitee für Oberösterreich ins Leben zu rufen. Seine Anhänger versammeln sich dieser Tage in Berlin, um diesen Plan zu verwirklichen. Die Eile, mit der die polnischen Bestrebungen an die Bevölkerung übertragen werden, ist sehr groß, und es ist auch das polnische Wahlkomitee für Oberösterreich unterordnen möchte. Durch diese Unterordnung würde das bestehende Komitee eine vollständige Macht erlangen, und die unter den „Radikalen“ sich gruppierenden Polen müßten sich nach und nach dem Radikalismus begeben. Um dies zu verhindern, beschäftigt wie der „Gornicza“ berichtet, der Herausgeber des „Satolit“, Kapitän, ein polnisches, zentrumspolitisches Komitee für Oberösterreich ins Leben zu rufen. Seine Anhänger versammeln sich dieser Tage in Berlin, um diesen Plan zu verwirklichen. Die Eile, mit der die polnischen Bestrebungen an die Bevölkerung übertragen werden, ist sehr groß, und es ist auch das polnische Wahlkomitee für Oberösterreich unterordnen möchte. Durch diese Unterordnung würde das bestehende Komitee eine vollständige Macht erlangen, und die unter den „Radikalen“ sich gruppierenden Polen müßten sich nach und nach dem Radikalismus begeben. Um dies zu verhindern, beschäftigt wie der „Gornicza“ berichtet, der Herausgeber des „Satolit“, Kapitän, ein polnisches, zentrumspolitisches Komitee für Oberösterreich ins Leben zu rufen. Seine Anhänger versammeln sich dieser Tage in Berlin, um diesen Plan zu verwirklichen. Die Eile, mit der die polnischen Bestrebungen an die Bevölkerung übertragen werden, ist sehr groß, und es ist auch das polnische Wahlkomitee für Oberösterreich unterordnen möchte. Durch diese Unterordnung würde das bestehende Komitee eine vollständige Macht erlangen, und die unter den „Radikalen“ sich gruppierenden Polen müßten sich nach und nach dem Radikalismus begeben. Um dies zu verhindern, beschäftigt wie der „Gornicza“ berichtet, der Herausgeber des „Satolit“, Kapitän, ein polnisches, zentrumspolitisches Komitee für Oberösterreich ins Leben zu rufen. Seine Anhänger versammeln sich dieser Tage in Berlin, um diesen Plan zu verwirklichen. Die Eile, mit der die polnischen Bestrebungen an die Bevölkerung übertragen werden, ist sehr groß, und es ist auch das polnische Wahlkomitee für Oberösterreich unterordnen möchte. Durch diese Unterordnung würde das bestehende Komitee eine vollständige Macht erlangen, und die unter den „Radikalen“ sich gruppierenden Polen müßten sich nach und nach dem Radikalismus begeben. Um dies zu verhindern, beschäftigt wie der „Gornicza“ berichtet, der Herausgeber des „Satolit“, Kapitän, ein polnisches, zentrumspolitisches Komitee für Oberösterreich ins Leben zu rufen. Seine Anhänger versammeln sich dieser Tage in Berlin, um diesen Plan zu verwirklichen. Die Eile, mit der die polnischen Bestrebungen an die Bevölkerung übertragen werden, ist sehr groß, und es ist auch das polnische Wahlkomitee für Oberösterreich unterordnen möchte. Durch diese Unterordnung würde das bestehende Komitee eine vollständige Macht erlangen, und die unter den „Radikalen“ sich gruppierenden Polen müßten sich nach und nach dem Radikalismus begeben. Um dies zu verhindern, beschäftigt wie der „Gornicza“ berichtet, der Herausgeber des „Satolit“, Kapitän, ein polnisches, zentrumspolitisches Komitee für Oberösterreich ins Leben zu rufen. Seine Anhänger versammeln sich dieser Tage in Berlin, um diesen Plan zu verwirklichen. Die Eile, mit der die polnischen Bestrebungen an die Bevölkerung übertragen werden, ist sehr groß, und es ist auch das polnische Wahlkomitee für Oberösterreich unterordnen möchte. Durch diese Unterordnung würde das bestehende Komitee eine vollständige Macht erlangen, und die unter den „Radikalen“ sich gruppierenden Polen müßten sich nach und nach dem Radikalismus begeben. Um dies zu verhindern, beschäftigt wie der „Gornicza“ berichtet, der Herausgeber des „Satolit“, Kapitän, ein polnisches, zentrumspolitisches Komitee für Oberösterreich ins Leben zu rufen. Seine Anhänger versammeln sich dieser Tage in Berlin, um diesen Plan zu verwirklichen. Die Eile, mit der die polnischen Bestrebungen an die Bevölkerung übertragen werden, ist sehr groß, und es ist auch das polnische Wahlkomitee für Oberösterreich unterordnen möchte. Durch diese Unterordnung würde das bestehende Komitee eine vollständige Macht erlangen, und die unter den „Radikalen“ sich gruppierenden Polen müßten sich nach und nach dem Radikalismus begeben. Um dies zu verhindern, beschäftigt wie der „Gornicza“ berichtet, der Herausgeber des „Satolit“, Kapitän, ein polnisches, zentrumspolitisches Komitee für Oberösterreich ins Leben zu rufen. Seine Anhänger versammeln sich dieser Tage in Berlin, um diesen Plan zu verwirklichen. Die Eile, mit der die polnischen Bestrebungen an die Bevölkerung übertragen werden, ist sehr groß, und es ist auch das polnische Wahlkomitee für Oberösterreich unterordnen möchte. Durch diese Unterordnung würde das bestehende Komitee eine vollständige Macht erlangen, und die unter den „Radikalen“ sich gruppierenden Polen müßten sich nach und nach dem Radikalismus begeben. Um dies zu verhindern, beschäftigt wie der „Gornicza“ berichtet, der Herausgeber des „Satolit“, Kapitän, ein polnisches, zentrum

Beilage zum Leipziger Tageblatt und Anzeiger Nr. 385, Freitag, 31. Juli 1903. (Abend-Ausgabe.)

Hochwasser-Abwehr im Sachsen.

Z. Die Hochwasserkatastrophe, von welcher das benachbarte Schlesien in diesem Jahre so schwer betroffen worden ist, erreicht in Sachsen in ganz besonderem Maße die allgemeine Bedeutung. Das doch Sachsen zuweilen gleichzeitig mit Schlesien unter Hochwasser-Verhüllungen zu leiden gehabt, zum letzten Male im Juli des Jahres 1867. Das Sachsen die damit von Wasserläufen verhindert geblieben ist, muss nunmehr angesehen werden, die gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage des Landes als ein großes Glück bezeichnet werden. 1867 gestattete die Finanzlage der Regierung noch, unverkennbar eine Hülfsaktion ins Werk zu setzen. Es wurden sofort 6 Millionen Mark für Entschädigungen von Gemeinden und Privaten häufig gebracht und rund 1½ Millionen Mark zur Wiederaufbauung der durch die Hochwasser bedrohten nördlichen Straßen und Brücken, sowie zur Befestigung der am Elbtome entstandenen Schäden bereit gestellt. Zusammen mit dem vom Landeshauptmann, an dessen Spitze Prinz Friedrich August stand, gesammelten bedeutenden freiwilligen Gaben kamen damals über 10 Millionen Mark zum Beten der Hochwasser verhinderten werden, so dass nicht nur jede wichtige Art befestigt wurde, sondern auch vielfache Entschädigungen in voller Höhe des Bereiches gewährt werden konnten. Eine so großzügige Hülfsaktion war damals für ein Land von der Größe Sachsen eine höchst auerwundenswerte Leistung; unter den heutigen Verhältnissen würde sie an einem kaum ertragbaren Opfer für das Land werden.

Das jetzt über Sachsen bereingebrochene Unglück sollte aber für Sachsen ein neuer Anfang sein, die wirtschaftliche Krise als einer der brennendsten unserer Zeit in den Vordergrund zu stellen. Die Regierung hat in dem den Ständen überreichten Dekret Nr. 9 vom 21. Februar 1903 freilich bestimmt, dass die höchsten Gewässer sich infolge früherer Unterlassungen ebenso wie in fast allen übrigen deutschen Ländern in einem sehr übel stehende befinden. Die Deutschnachrichten schreibt: „Die Staatsgewalt kann früher eine gelegentliche Regelung für die gemeinsame Ausbaudienst und Zustandshaltung der natürlichen Wasserläufe geschaffen, wäre man schon früher auf die Bildung von Flussvereinigungen zugelassen, und wäre insbesondere auch den Anstrengungen in den Nachläufen die notwendige Befreiung auferlegt, aus der allgemeinen Wasserwirtschaft eine größere Ausweitung zugewandt und eine längere Aufhalt und Wasserpolizei auch bei den kleinen Flüssen des Landes ausgeübt hätte, würden viele der jetzigen Unheilstände in keine entstehen, die in vielen Teilen des Landes alle Grenzen überschreitende Verwilderung der Wasserläufe verhindert und eine Menge der durch die Hochwasser der Neuzeit entstandenen Verwüstungen und Schäden im Altbalkan vorgebeugt worden sein.“ Dass etwas zur Verbesserung der gegenwärtigen Zustände getan werden muss, darüber war man sich sowohl im Sinne der Regierung als im Lande klar. Dieser erklärte, dass die beiden Kammer „die weitere Verfolgung der im Königlichen Dekret Nr. 20 behandelten Angelegenheit für angebracht erachten.“ Das ist doch wenigstens etwas; die Ausgelegung wäre aber ebenfalls schneller in Fluss gekommen, hätten die Kammer auch ohne einen besonderten Antrag der Regierung wenigstens einen Teil der Vorarbeiten fertiggestellt, die auf etwa 3½ Millionen Mark geschätzt wurden, zur Verfügung gestellt. Wie die Dinge jetzt liegen, kann noch ein halbes Jahrzehnt vergehen, ehe die auf 10 Jahre bei rund 10 Millionen Mark Kosten berechneten Arbeiten überhaupt nur angegangen werden können.

Von den südlichen Nachläufen hat bisher nur die Elbe eine wirklich sachgemäße Behandlung erfahren. Ihre Regulierung ist nahezu durchgeführt und die infolgedessen möglichst empfohlene Entwicklung der Schiffahrt hat nicht wenig zur Erhebung der Landeswirtschaft beigetragen. Für die Erforschung der hydrographischen und hydrologischen Verhältnisse der kleinen, nicht lösbar geworfenen Gewässer aber ist bisher noch soviel nichts getrieben. Daher liegt die königliche Amtshandlung des Eintrittes einer außergewöhnlichen Hochwasserkatastrophe jederzeit für jedes einzelne Talgebiet vor. Seines deshalb ist ausweislich in jedem der selben sind Klimate und Anlässe zu Betrachtungen und Verhinderungen in reichem Maße vorhanden, und diese Verhinderungen können zur Verhinderung großer Verluste, zur Gefährdung der Gesundheit und des Lebens und der Existenzfähigkeit der Bevölkerung, sowie zur Schädigung der Landeswohlfahrt führen. Bei dieser Bedrohung ist mit der Bedrohung einzelner elatenter Schäden wenig zu rechnen. Die Fürsorge der Regierung muss sich vielmehr allen Wasserläufen gleichmäßig zuwenden.

Die Ursache der Verwildern der Flussläufe liegt vorwiegend in den bisherigen geleglichen Bestimmungen, welche die Regulierung auf die Schäden des einzelnen, zumtheil der Wertheiter, gelegt haben. Der einzelne hat dafür weder die Mittel, noch den weitschreitenden Sinn, der das Interesse der Allgemeinheit erfasst. Auch das im Jahre 1855 erlassene, auf dem Staatsgesetzprinzip beruhende Regulierungsrecht hat den erhofften Erfolg nicht gehabt und Wandel nicht geschafft. Es wird somit die Lösung der wasserwirtschaftlichen Krise zu einer unmittelbaren Staatsaufgabe, und zwar kann die Mitwirkung des Staates nicht ausschließlich auf eine geographische und administrative Tätigkeit beschränkt sein, sondern sie wird sich auch in einer materiellen Nutzierung zu äußern haben.

Die südliche Regierung sieht eine erprobte Lösung des ganzen Problems dem obenerwähnten Dekret zufolge nur in der Vereinigung des Staates mit den verschiedenen Gruppen der Beteiligten und Interessenten. Eine solche Vereinigung würde im allgemeinen auf die Grundlage zu stehen sein, da die zur Herstellung einer geordneten Wasserabflusses zunächst erforderliche Instandsetzung der Wasserläufe und die sonst zur Abwendung der Hochwasser-gefährten zu treffenden Vorkehrungen als eine Aufgabe des Staates angesehen und als eine Staatsunternehmung behandelt werden, an deren Kosten die Gewinnenden und die nachstehenden Interessenten mit entsprechenden Beiträgen heranzuziehen sind, während die Erhaltung der auf diesem Wege geschaffenen Wasserläufe und Anlagen in erster Linie den Gemeinden und den zuständigen Betätigten zuweisen ist und Unterlassungen aus öffentlichen Mitteln nur insofern gewährt werden, als die Kosten die Kräfte der Wertheiter übersteigen, oder wenn es sich um die Ausführung wasserwirtschaftlicher Unternehmungen einzelner handelt, insofern, als hierdurch auch öffentlichen und allgemeinen Interessen gebiet wird.

Die Maßnahmen zur Abwehr von Hochwassergefahren müssen weiterhin ins Auge fassen: 1) Die Verbesserung des Hochwasserausflusses und 2) die Zurückhaltung des schwäbischen Ausflusses. Dem letzteren Zwecke dienen die Staatswerke und besonders die Zollpferren. Diese sind geeignet, die alte Hochwassermöglichkeit aufzunehmen und zurückzuhalten. Die Ausführung solcher Aufspeicheranlagen erlangt aber eine hohe wasserwirtschaftliche Bedeutung insfern, als damit zugleich die Grundlagen für eine rationelle Wasserwirtschaft des Landes geschaffen werden. Die Verbindung der beiden Zwecke, Zurückhaltung des Hochwassers und Ausbarmachung der Meteorwörter zu wirtschaftlichen Zwecken, lässt auch die Auswendung großer Kapitalbedarfe, welche diese Anlagen erfordern, wirtschaftlich und eine angemessene Vergütung gewährleistend

erscheinen.

Sowohl wie unterrichtet sind, geht die Absicht dahin, das zu begründenden Wasserwerken-Besitzern und den ersten Wertheiter vorzutreten. Verzinsung und Amortisation würden die Besitzerschaften aufzubringen haben, so dass eine Rettung des Staates fonds geruht überhaupt nicht hinauszögern hätte.

Was den gegenwärtigen Stand der Erörterungen über die Wasserbauverleihungen betrifft, so erscheint es als sicher, dass dem nächsten Landtag eine Regierungserlaubnis darüber noch nicht zugehen wird.

Wie dies geschehen kann, sind noch eine Menge von speziellen Untersuchungen, Planungen und Beratungen auszuführen, die nicht über das Amt gebracht werden können. Doch über ist zu erwarten, dass die Regierung in Form einer Denkschrift über den Bericht der bisherigen Arbeiten in dieser Richtung bestreitet und das sie auf Billigung der Kosten zu den Vorarbeiten antrate. Wenn diese, wie zu erwarten, bewilligt werden, dann könnte dem zu schließen, dass eine detaillierte, in sich abgeschlossene Wasserbausquelle vorgelegt werden. In dieser würde auch die Regulierung der Wertheiter, dann die der Grimmaer Mulde und der Elbe ins Auge gefasst werden. Die Rechte wird dabei nicht nur jede wichtige Art bestellt werden, sondern auch vielfache Entschädigungen in voller Höhe des Bereiches gewährt werden könnten. Eine so großzügige Hülfsaktion war damals für ein Land von der Größe Sachsen eine höchst auerwundenswerte Leistung; unter den heutigen Verhältnissen würde sie an einem kaum ertragbaren Opfer für das Land werden.

Königreich Sachsen.

* Leipzig, 31. Juli. Die Königliche Gesellschaft der Wissenschaften wird morgen nachmittag eine öffentliche Sitzung abhalten, und damit eine Vorlesung des Geburtsjahr des Königs, ihres hohen Protektors verbinden. Außer einer Ansprache des als Vorsteher amtierenden Sekretärs werden Vorträge die Herren Dr. Hoffmann, Dr. Mayr und Geh. Bergrat Greber halten.

* Leipzig, 31. Juli. Nur kurze Zeit nach, und das 184. Infanterieregiment verlässt Leipzig, seine bisherige Garnisonstadt, für immer. Wie nun endlich bestimmt ist, wird das Regiment, das am 24. August ins Mandau übertritt, nach beendigten Übungen zunächst wieder nach Leipzig zurückkommen, und hier bis zum 30. September verbleiben. Am 1. Oktober rückt das Regiment in seine neue Garnison Plauen in. Bis ab. Die Baracken bei Radebeul sollen das 184. Infanterieregiment leichter untergebracht gewesen ist, dürfen bald abgebrochen werden, da das wertvolle Areal der Bebauung eröffnet wird.

* Leipzig, 31. Juli. Nur kurze Zeit nach, und das 184. Infanterieregiment verlässt Leipzig, seine bisherige Garnisonstadt, für immer. Wie nun endlich bestimmt ist, wird das Regiment, das am 24. August ins Mandau übertritt, nach beendigten Übungen zunächst wieder nach Leipzig zurückkommen, und hier bis zum 30. September verbleiben. Am 1. Oktober rückt das Regiment in seine neue Garnison Plauen in. Bis ab. Die Baracken bei Radebeul sollen das 184. Infanterieregiment leichter untergebracht gewesen ist, dürfen bald abgebrochen werden, da das wertvolle Areal der Bebauung eröffnet wird.

* Leipzig, 31. Juli. Nur kurze Zeit nach, und das 184. Infanterieregiment verlässt Leipzig, seine bisherige Garnisonstadt, für immer. Wie nun endlich bestimmt ist, wird das Regiment, das am 24. August ins Mandau übertritt, nach beendigten Übungen zunächst wieder nach Leipzig zurückkommen, und hier bis zum 30. September verbleiben. Am 1. Oktober rückt das Regiment in seine neue Garnison Plauen in. Bis ab. Die Baracken bei Radebeul sollen das 184. Infanterieregiment leichter untergebracht gewesen ist, dürfen bald abgebrochen werden, da das wertvolle Areal der Bebauung eröffnet wird.

* Leipzig, 31. Juli. Nur kurze Zeit nach, und das

184. Infanterieregiment verlässt Leipzig, seine bisherige Garnisonstadt, für immer. Wie nun endlich bestimmt ist, wird das Regiment, das am 24. August ins Mandau übertritt, nach beendigten Übungen zunächst wieder nach Leipzig zurückkommen, und hier bis zum 30. September verbleiben. Am 1. Oktober rückt das Regiment in seine neue Garnison Plauen in. Bis ab. Die Baracken bei Radebeul sollen das 184. Infanterieregiment leichter untergebracht gewesen ist, dürfen bald abgebrochen werden, da das wertvolle Areal der Bebauung eröffnet wird.

* Leipzig, 31. Juli. Nur kurze Zeit nach, und das

184. Infanterieregiment verlässt Leipzig, seine bisherige Garnisonstadt, für immer. Wie nun endlich bestimmt ist, wird das Regiment, das am 24. August ins Mandau übertritt, nach beendigten Übungen zunächst wieder nach Leipzig zurückkommen, und hier bis zum 30. September verbleiben. Am 1. Oktober rückt das Regiment in seine neue Garnison Plauen in. Bis ab. Die Baracken bei Radebeul sollen das 184. Infanterieregiment leichter untergebracht gewesen ist, dürfen bald abgebrochen werden, da das wertvolle Areal der Bebauung eröffnet wird.

* Leipzig, 31. Juli. Nur kurze Zeit nach, und das

184. Infanterieregiment verlässt Leipzig, seine bisherige Garnisonstadt, für immer. Wie nun endlich bestimmt ist, wird das Regiment, das am 24. August ins Mandau übertritt, nach beendigten Übungen zunächst wieder nach Leipzig zurückkommen, und hier bis zum 30. September verbleiben. Am 1. Oktober rückt das Regiment in seine neue Garnison Plauen in. Bis ab. Die Baracken bei Radebeul sollen das 184. Infanterieregiment leichter untergebracht gewesen ist, dürfen bald abgebrochen werden, da das wertvolle Areal der Bebauung eröffnet wird.

* Leipzig, 31. Juli. Nur kurze Zeit nach, und das

184. Infanterieregiment verlässt Leipzig, seine bisherige Garnisonstadt, für immer. Wie nun endlich bestimmt ist, wird das Regiment, das am 24. August ins Mandau übertritt, nach beendigten Übungen zunächst wieder nach Leipzig zurückkommen, und hier bis zum 30. September verbleiben. Am 1. Oktober rückt das Regiment in seine neue Garnison Plauen in. Bis ab. Die Baracken bei Radebeul sollen das 184. Infanterieregiment leichter untergebracht gewesen ist, dürfen bald abgebrochen werden, da das wertvolle Areal der Bebauung eröffnet wird.

* Leipzig, 31. Juli. Nur kurze Zeit nach, und das

184. Infanterieregiment verlässt Leipzig, seine bisherige Garnisonstadt, für immer. Wie nun endlich bestimmt ist, wird das Regiment, das am 24. August ins Mandau übertritt, nach beendigten Übungen zunächst wieder nach Leipzig zurückkommen, und hier bis zum 30. September verbleiben. Am 1. Oktober rückt das Regiment in seine neue Garnison Plauen in. Bis ab. Die Baracken bei Radebeul sollen das 184. Infanterieregiment leichter untergebracht gewesen ist, dürfen bald abgebrochen werden, da das wertvolle Areal der Bebauung eröffnet wird.

* Leipzig, 31. Juli. Nur kurze Zeit nach, und das

184. Infanterieregiment verlässt Leipzig, seine bisherige Garnisonstadt, für immer. Wie nun endlich bestimmt ist, wird das Regiment, das am 24. August ins Mandau übertritt, nach beendigten Übungen zunächst wieder nach Leipzig zurückkommen, und hier bis zum 30. September verbleiben. Am 1. Oktober rückt das Regiment in seine neue Garnison Plauen in. Bis ab. Die Baracken bei Radebeul sollen das 184. Infanterieregiment leichter untergebracht gewesen ist, dürfen bald abgebrochen werden, da das wertvolle Areal der Bebauung eröffnet wird.

* Leipzig, 31. Juli. Nur kurze Zeit nach, und das

184. Infanterieregiment verlässt Leipzig, seine bisherige Garnisonstadt, für immer. Wie nun endlich bestimmt ist, wird das Regiment, das am 24. August ins Mandau übertritt, nach beendigten Übungen zunächst wieder nach Leipzig zurückkommen, und hier bis zum 30. September verbleiben. Am 1. Oktober rückt das Regiment in seine neue Garnison Plauen in. Bis ab. Die Baracken bei Radebeul sollen das 184. Infanterieregiment leichter untergebracht gewesen ist, dürfen bald abgebrochen werden, da das wertvolle Areal der Bebauung eröffnet wird.

* Leipzig, 31. Juli. Nur kurze Zeit nach, und das

184. Infanterieregiment verlässt Leipzig, seine bisherige Garnisonstadt, für immer. Wie nun endlich bestimmt ist, wird das Regiment, das am 24. August ins Mandau übertritt, nach beendigten Übungen zunächst wieder nach Leipzig zurückkommen, und hier bis zum 30. September verbleiben. Am 1. Oktober rückt das Regiment in seine neue Garnison Plauen in. Bis ab. Die Baracken bei Radebeul sollen das 184. Infanterieregiment leichter untergebracht gewesen ist, dürfen bald abgebrochen werden, da das wertvolle Areal der Bebauung eröffnet wird.

* Leipzig, 31. Juli. Nur kurze Zeit nach, und das

184. Infanterieregiment verlässt Leipzig, seine bisherige Garnisonstadt, für immer. Wie nun endlich bestimmt ist, wird das Regiment, das am 24. August ins Mandau übertritt, nach beendigten Übungen zunächst wieder nach Leipzig zurückkommen, und hier bis zum 30. September verbleiben. Am 1. Oktober rückt das Regiment in seine neue Garnison Plauen in. Bis ab. Die Baracken bei Radebeul sollen das 184. Infanterieregiment leichter untergebracht gewesen ist, dürfen bald abgebrochen werden, da das wertvolle Areal der Bebauung eröffnet wird.

* Leipzig, 31. Juli. Nur kurze Zeit nach, und das

184. Infanterieregiment verlässt Leipzig, seine bisherige Garnisonstadt, für immer. Wie nun endlich bestimmt ist, wird das Regiment, das am 24. August ins Mandau übertritt, nach beendigten Übungen zunächst wieder nach Leipzig zurückkommen, und hier bis zum 30. September verbleiben. Am 1. Oktober rückt das Regiment in seine neue Garnison Plauen in. Bis ab. Die Baracken bei Radebeul sollen das 184. Infanterieregiment leichter untergebracht gewesen ist, dürfen bald abgebrochen werden, da das wertvolle Areal der Bebauung eröffnet wird.

* Leipzig, 31. Juli. Nur kurze Zeit nach, und das

184. Infanterieregiment verlässt Leipzig, seine bisherige Garnisonstadt, für immer. Wie nun endlich bestimmt ist, wird das Regiment, das am 24. August ins Mandau übertritt, nach beendigten Übungen zunächst wieder nach Leipzig zurückkommen, und hier bis zum 30. September verbleiben. Am 1. Oktober rückt das Regiment in seine neue Garnison Plauen in. Bis ab. Die Baracken bei Radebeul sollen das 184. Infanterieregiment leichter untergebracht gewesen ist, dürfen bald abgebrochen werden, da das wertvolle Areal der Bebauung eröffnet wird.

* Leipzig, 31. Juli. Nur kurze Zeit nach, und das

184. Infanterieregiment verlässt Leipzig, seine bisherige Garnisonstadt, für immer. Wie nun endlich bestimmt ist, wird das Regiment, das am 24. August ins Mandau übertritt, nach beendigten Übungen zunächst wieder nach Leipzig zurückkommen, und hier bis zum 30. September verbleiben. Am 1. Oktober rückt das Regiment in seine neue Garnison Plauen in. Bis ab. Die Baracken bei Radebeul sollen das 184. Infanterieregiment leichter untergebracht gewesen ist, dürfen bald abgebrochen werden, da das wertvolle Areal der Bebauung eröffnet wird.

* Leipzig, 31. Juli. Nur kurze Zeit nach, und das

184. Infanterieregiment verlässt Leipzig, seine bisherige Garnisonstadt, für immer. Wie nun endlich bestimmt ist, wird das Regiment, das am 24. August ins Mandau übertritt, nach beendigten Übungen zunächst wieder nach Leipzig zurückkommen, und hier bis zum 30. September verbleiben. Am 1. Oktober rückt das Regiment in seine neue Garnison Plauen in. Bis ab. Die Baracken bei Radebeul sollen das 184. Infanterieregiment leichter untergebracht gewesen ist, dürfen bald abgebrochen werden, da das wertvolle Areal der Bebauung eröffnet wird.

* Leipzig, 31. Juli. Nur kurze Zeit nach, und das

184. Infanterieregiment verlässt Leipzig, seine bisherige Garnisonstadt, für immer. Wie nun endlich bestimmt ist, wird das Regiment, das am 24. August ins Mandau übertritt, nach beendigten Übungen zunächst wieder nach Leipzig zurückkommen, und hier bis zum 30. September verbleiben. Am 1. Oktober rückt das Regiment in seine neue Garnison Plauen in. Bis ab. Die Baracken bei Radebeul sollen das 184. Infanterieregiment leichter untergebracht gewesen ist, dürfen bald abgebrochen werden, da das wertvolle Areal der Bebauung eröffnet wird.

* Leipzig, 31. Juli. Nur kurze Zeit nach, und das

184. Infanterieregiment verlässt Leipzig, seine bisherige Garnisonstadt, für immer. Wie nun endlich bestimmt ist, wird das Regiment, das am 24. August ins Mandau übertritt, nach beendigten Übungen zunächst wieder nach Leipzig zurückkommen, und hier bis zum 30. September verbleiben. Am 1. Oktober rückt das Regiment in seine neue Garnison Plauen in. Bis ab. Die Baracken bei Radebeul sollen das 184. Infanterieregiment leichter untergebracht gewesen ist, dürfen bald abgebrochen werden, da das wertvolle Areal der Bebauung eröffnet wird.

* Leipzig, 31. Juli. Nur kurze Zeit nach, und das

184. Infanterieregiment verlässt Leipzig, seine bisherige Garnisonstadt, für immer. Wie nun endlich bestimmt ist, wird das Regiment, das am 24. August ins Mandau übertritt, nach beendigten Übungen zunächst wieder nach Leipzig zurückkommen, und hier bis zum 30. September verbleiben. Am 1. Oktober rückt das Regiment in seine neue Garnison Plauen in. Bis ab. Die Baracken bei Radebeul sollen das 184. Infanterieregiment leichter untergebracht gewesen ist, dürfen bald abgebrochen werden, da das wertvolle Areal der Bebauung eröffnet wird.

* Leipzig, 31. Juli. Nur kurze Zeit nach, und das

184. Infanterieregiment verlässt Leipzig, seine bisherige Garnisonstadt, für immer. Wie nun endlich bestimmt ist, wird das Regiment, das am 24. August ins Mandau übertritt, nach beendigten Übungen zunächst wieder nach Leipzig zurückkommen, und hier bis zum 30. September verbleiben. Am 1. Oktober rückt das Regiment in seine neue Garnison Plauen in. Bis ab. Die Baracken bei Radebeul sollen das 184. Infanterieregiment leichter untergebracht gewesen ist, dürfen bald abgebrochen werden, da das wertvolle Areal der Bebauung eröffnet wird.

* Leipzig, 31. Juli. Nur kurze Zeit nach, und das

